

Bezugspreis:

Wochenpreis 12.— M. monatlich 24.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.— M. einjährig 120.— M. (einschl. Postgebühren). Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich, Ungarn und Bessarabien 24.— M. für das übrige Ausland 26.— M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Kurland, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Rott und Feil“, der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und der Beilage „Erziehung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die neuangelegte Kontraktzeile kostet 6.— M. „Kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte Wort 2.— M. (120-130 Zeichen zwei Setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Stellengebühr und Schließelgebühren des ersten Wort 1.— M., jedes weitere Wort 60 Hg. Maria über 15 Buchstaben 10 Hg. für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnement Seite 3.50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Leetungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin 63 66, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Dienstag, den 1. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Ungarn gibt nach.

Budapest, 31. Oktober. (EE.) Die Vertreter der Großen Entente erschienen heute bei dem Ministerpräsidenten Graf Bethlen und überreichten eine Note, in der es heißt, daß sie sich die Forderung der Nachfolgestaaten bzw. der Thronentsetzung zu eigen gemacht haben und nun nicht nur die Proklamierung des Thronverlustes Karls, sondern des gesamten Hauses Habsburg fordern. Dieser Schritt ist von der größten Bedeutung, da nunmehr die Haltung der Kleinen Entente durch die Große Entente unterstützt wird und nunmehr in dieser Frage kein Gegensatz mehr zwischen der Großen und der Kleinen Entente besteht, von dem man in ungarischen Kreisen gehofft hatte, ihn zu gewissen Dingen ausnützen zu können.

Sogleich nach der Uebergabe der Note fand ein außerordentlicher Ministerrat statt, der sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte. Die Auffassung der Regierung geht dahin, daß Ungarn als souveräner Staat allein befugt sei, sich seinen König zu wählen, daß aber die ungarische Regierung anerkenne, daß die Frage der Habsburger internationale Bedeutung habe und daß daher im Zusammenhang mit dieser Lösung auch der internationalen Faktoren gedacht werden müsse. Doch gibt es für die ungarische Regierung bei der Erfüllung dieser Ententeorderung Schwierigkeiten zu überwinden, vornehmlich auf innerpolitischem Gebiete. Die Regierung kann wohl den Thronverlust des Königs bzw. des Hauses Habsburg feierlich proklamieren. Dieser Akt ist aber nur dann von internationaler Bedeutung, wenn ihn sich die Nationalversammlung zu eigen macht oder in Gesetzesform ausgesprochen wird. Das Kabinet Bethlen steht also vor der Frage, ob es für das Gesetz des Thronerzichts des Hauses Habsburg in der Nationalversammlung eine Mehrheit finden wird. Diese Mehrheit ist zwar durch die Proklamierung der Thronentsetzung Karls gefunden, aber nicht für eine solche des ganzen Hauses Habsburg. Abschließend läßt sich zur gegenwärtigen Lage sagen, daß die ungarische Regierung gemißt ist, die Forderung der Großen und der Kleinen Entente bzw. der Thronentsetzung des Hauses Habsburg unter Betonung der Souveränität Ungarns nachzukommen, daß sie aber keine Bürgschaft für die Haltung der Nationalversammlung übernehmen kann. Die Nationalversammlung wurde für Donnerstag einberufen. Die Regierung will in dieser Sitzung sofort den betr. Gesetzesvorschlag einbringen.

Budapest, 31. Oktober. (W.B.) Wie die Blätter melden, werden König Karl und Königin Zita in der Nacht zum Mittwoch von Tihany nach Duna-Iszoldvar gebracht werden, wo sie von dem inzwischen dort eingetroffenen Kanonenboot „Sloworm“ aufgenommen werden sollen. Für die Ueberführung werden die gegenwärtig in Tihany weilenden Militärvertreter Englands, Frankreichs und Italiens Sorge tragen.

Gorthy Thronkandidat?

Budapest, 31. Oktober. (W.B.) Seit einigen Tagen werden in der Hauptstadt und auf dem Lande Flugzettel ohne Unterschrift verbreitet, die unter Hinweis auf die Verdienste des Reichsverweyers seine Proklamierung zum König fordern. Die Flugzettel, die nicht zensuriert sind, erregen großes Aufsehen und werden allgemein besprochen. Es ist das erstemal, daß in der Öffentlichkeit in unverschämter Weise für eine Königs-kandidatur Gorthys Stimmung gemacht wird, während bisher sein Name nur in Verbindung mit der Kandidatur Erzherzogs Albrecht genannt wurde. Als Führer der Bewegung, die Gorthy zum König machen will, wird der Abgeordnete Julius Gombos genannt.

Die Großmächte gegen eine Intervention.

London, 1. November. (W.B.) Reuter glaubt zu wissen, daß die Regierungen der Kleinen Entente benachrichtigt worden sind, daß die Großmächte jede aktive Intervention gegen Ungarn im Augenblick mißbilligen.

Wien, 1. November. (W.B.) Wie die „Deutschen Nachrichten“ melden, wurde über den tschechischen Bezirk Kollin der Belagerungszustand verhängt, weil die einberufenen Tschechen sich weigern, dem Mobilisierungsbefehl nachzukommen.

Prag, 1. November. (W.B.) Aus Vpito Szent Mikols wird gemeldet, daß dort ein Sohn Stefan Rakoojzys verhaftet worden ist.

Die Taktik der französischen Sozialisten.

Paris, 1. November. (W.B.) Der sozialistische Parteitag behandelte gestern die Frage der Taktik der Partei. Der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, will keine Allianz mit den bürgerlichen Parteien, auch keine Allianz mit der äußersten Linken. Die Partei müsse bleiben, was sie ist und was sie seit der Spaltung gewesen sei. Der Redner sprach auch von der Wahlkampagne, durch die die Partei einen Teil ihrer Anhänger verlieren könne. Die Partei müsse sich das Recht vorbehalten, eine Koalition einzugehen, wenn die Wahlen vor der Tür ständen. Der Abg. Blum warnte den Kongreß vor einer Ueberstürzung gefährlicher Entscheidungen. Er ersuchte, keine Entscheidung über die innere Politik der Partei anzunehmen. In der augenblicklichen Kammer sehe er nicht die notwendigen Elemente, um einen Block der Linken zu bilden.

Polen und das Wirtschaftsabkommen.

Warschau, 1. November. (Antel.) Der Ministerrat beschloß in seiner letzten Sitzung für das deutsch-polnische Abkommen u. a. folgende Forderungen zu erheben: Die Eisenbahn bleibt in Rattowiz und wird für ganz Oberschlesien zuständig sein. Die notwendigen Eisenbahnanlagen im polnischen Gebiet werden als Teil des deutschen Bahnnetzes ausgeführt werden. Die polnische Mark soll zu einem noch festzusetzenden Kurs umgerechnet und der deutschen Mark gleichgesetzt werden.

Amerikas Forderungen an Rußland.

Paris, 1. November. (W.B.) Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ aus Washington meldet, wird Staatssekretär Hughes vor der Konferenz mit den Russen folgende drei Bedingungen stellen: 1. Aufgabe des Systems des Terrors sowie jeder Agitation im Ausland; 2. Wiederherstellung eines normalen politischen und wirtschaftlichen Regimes, mit dem man verhandeln könne, und 3. Garantien, daß dieses Regime dauernd sei und das Privateigentum schütze.

Das Programm von Washington.

Paris, 1. November. (EE.) Aus New York telegraphiert Bertinaz dem „Echo de Paris“: Die Bureaus des amerikanischen Staatsdepartements haben alle Berichte auf die Fragen vorbereitet, die von der Konferenz erörtert werden können: Abrüstung zu Lande und zur See, Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der Integrität Chinas, europäische Finanzprobleme, die zwar nicht offiziell auf der Tagesordnung stehen, aber gemäß einer Aeußerung des Unterstaatssekretärs im Schahamt, Wadsworth, erörtert werden sollen. Man weiß noch nicht, ob die amerikanische Abordnung einen Gesamtplan aufstellen wird, welcher die gesamten Arbeiten der Konferenz regeln soll, oder ob sie nur das Programm der amerikanischen Politik festlegen wird und es der Konferenz überläßt, sich ihr eigenes Programm aufzustellen. Harding neigt der letzten Auffassung zu, denn er glaubt, daß gewisse Beratungen zunächst fallen gelassen und später wieder aufgenommen werden könnten.

Bezüglich der Abrüstung sollen Harding und Hughes, dem „Echo de Paris“ zufolge, auf dem Standpunkt stehen, daß Frankreich Garantien gegeben werden sollen, um es zufriedenzustellen. Ueber die Art dieser Garantien verlaute inzwischen noch nichts. Ferner wünschen Harding und Hughes, daß die Flottenverhältnisse festgesetzt werden sollen, und zwar nicht nur die bestehenden, sondern auch die der im Bau befindlichen, wobei die zu verteidigende Küste, die budgetären Einnahmen, die Bevölkerungsverhältnisse usw. in Betracht gezogen werden sollen.

Bezüglich Chinas werden auf der Konferenz folgende Empfehlungen vorgelegt werden: Aufhebung der Einfuhrzölle, die zugunsten Japans, Japans, Englands und Frankreichs in den letzten 25 Jahren in China geschaffen wurde, mit der etwaigen Ausnahme, daß der Pachtvertrag Japans auf der Insel Hiao Loang, der im März 1923 abläuft, verlängert wird. Kiautschau kann vielleicht ohne den Hafen von Tjingtau bei Japan verbleiben, während Schantung unbedingt abgegeben werden muß. Alle Rechte und Konzessionen, die seit 1911 erworben wurden, sollen einer Revision unterzogen werden. Diese Revision soll sich auch auf früher erworbene Rechte erstrecken, insbesondere auf den chinesisch-japanischen Vertrag von 1850, der Tokio in der Mandchurei ein Wirtschaftsmonopol sicherte. Das Finanzkonförium, das von England, Amerika, Japan und Frankreich am 15. Oktober 1920 gegründet wurde, wird seine Operationen bis in die Mandchurei ausdehnen. Als Gegengewicht gegen die Aufhebung der japanischen Privilegien wäre die Neutralisierung der chinesischen Eisenbahnen zu betrachten. Von Tibet soll nicht auf der Konferenz gesprochen werden. Es soll auch weiterhin unter englischem Einfluß bleiben.

Bertinaz weist der Ansicht, daß Frankreich auf eine Mitarbeit Amerikas nicht rechnen dürfe, da sich dieses hauptsächlich um seine Angelegenheiten und um die des fernen Ostens kümmern müsse. Das günstigste, was Frankreich erhoffen könne, wäre, daß Amerika es ihm überlasse, seine, Frankreichs, Interessen nach Ostindien zu verteidigen.

Inoffizieller Börsenverkehr.

Obwohl heute in Berlin keine offizielle Börse stattfand, haben sich doch zahlreiche Börsenbesucher in den Börsenräumen zusammengefunden. Bei dem inoffiziellen Verkehr, der sich auch an den börsenfreien Tagen nicht ganz unterdrücken läßt, zeigte sich eine bemerkenswerte Zunahme des Angebots aus den Kreisen der Bankwirtschaf. Das Heer der kleinen Spekulanten scheint der Berufspekulation zu folgen, die bereits gestern die hohen Kurse benutzte, um ihre Engagements zu lösen. Man erwartet für die nächste Zeit eine Senkung der Effektenkurse. Sehr fest war die Tendenz heute lediglich für alle russischen Werte im Hinblick auf die Note Tschitscherins an England betreffs Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden. Am Devisenmarkt hielt sich der Dollar bei schwachem Geschäft auf ungefähr 182.

Valuta und Ausfuhrabgaben.

Von Wilhelm Reil

Das furchtbare Valutaelend Deutschlands ist zu einer Gewinnquelle der Industrie und Landwirtschaft geworden, deren Ergiebigkeit noch weit größer ist als die der Heereslieferungen in den Kriegsjahren. In dem Maße, in dem der Wert der Mark im Wechselverkehr mit den valutastarken Ländern sinkt, steigen die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die kleinen Hemmungen, die in früheren Jahren dem raschen Aufeinanderfolgen von Valutaerleichterung und Steigerung der Nahrungsmittelpreise durch die „Zwangswirtschaft“ bereitet wurden, sind mit der Herabsetzung der Freiwirtschaft gefallen. Da auf ein rasches Ansteigen des Marktwertes nicht zu hoffen ist, müssen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten auf Preissteigerungen gefaßt machen, die alles bisher Erlebte in den Schatten stellen. Der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft werden daraus noch sabelhaftere Gewinne erwachsen, als sie bisher erzielt hat.

Der Industrie geht's nicht schlecht, namentlich, so wie sie für die Ausfuhr arbeitet. Je tiefer der Markkurs, desto größer die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber dem Ausland mit besserer Währung. Denn trotz der auf die Marktentwertung folgenden Preissteigerung wachsen die Produktionskosten nicht in dem Maße, in dem die Mark sinkt. Vor allem der aus Arbeitslohn bestehende Teil der Produktionskosten bleibt hinter dem Anstieg der Preise in immer größer werdenden Abstand zurück. Mit anderen Worten: je geringer der Wert der Mark im Auslande, desto größer der Unterschied zwischen den Löhnen in Deutschland einerseits, dem valutastarken Ausland andererseits. Kostet der Dollar 150 M., so gilt die Mark noch 28 Friedenspfennige, und der Arbeiter, der 10 M. Stundenlohn bekommt, verfügt damit über 28 Friedenspfennige. Ein Stundenlohn von 10 M. ist heute schon ein respektable. Der amerikanische Arbeiter arbeitet nicht für 28 Friedenspfennige, sondern beansprucht das Sechsfache dieses Betrages. Um den ganzen Betrag der Differenz zwischen der Höhe der Löhne im Inland und in Amerika ist der deutsche Exporteur seinem amerikanischen Konkurrenten voraus. Er kann aus dem Differenzbetrag die Transportkosten und Spesen bestreiten, kann den amerikanischen Konkurrenten unterbieten und wird immer noch beispiellos hohe Gewinne erzielen.

Wir wünschen nun nicht etwa, daß der deutsche Unternehmer zugunsten des ausländischen Käufers auf diese Gewinne verzichtet. Im Gegenteil, wir wollen, daß er mit seinen Preisen möglichst nahe an die Herstellungskosten herankommt, um die dieselbe Ware im Ausland erzeugt wird. Andernfalls fördern wir den Ausverkauf Deutschlands, treiben Scheuderkonkurrenz mit dem kostbarsten Gut, das wir haben, mit der menschlichen Arbeitskraft. Am sichersten wird diesen Gefahren vorgebeugt, wenn der deutsche Exporteur die Preise seiner Waren in ausländischer Währung berechnet. In diesem Falle vermag der ausländische Bezahler der deutschen Ware nicht jeden Sturz der deutschen Mark in einen Riesengewinn umzumünzen, wie es bei der Zahlung in Mark der Fall ist.

Aber der deutsche Exporteur hat keinen persönlichen Anspruch auf den großen Gewinn, den er zu machen in der Lage ist. Vermag er, obgleich er nur den 5- bis 10fachen Friedenslohn zahlt, den 30- bis 40fachen Friedenspreis zu erzielen, so verdankt er das dem grauenhaften Finanzelend des eigenen Landes und Volkes. Der exportierende Unternehmer soll daher dreierlei tun: erstens seine Arbeiter so bezahlen, daß sie ihre Leistungsfähigkeit nicht einbüßen, zweitens eine von volkswirtschaftlichen, nicht von privategoistischen Beweggründen geleitete Finanzpolitik treiben, die ihm über die Schwierigkeiten einer etwaigen Rückbildung des Marktkurses hinweghilft, drittens einen angemessenen Teil seiner Riesengewinne an die Volksgemeinschaft, aus deren Not sie entspringen, abführen.

Dieser letzteren Pflicht des Exporteurs sei noch ein Wort gewidmet. Im Prinzip ist die Abführung eines Teils der Valutagewinne für die Zwecke des allgemeinen Wohls schon in der zweiten Kriegshälfte anerkannt worden. Helfferich hat als Staatssekretär des Innern bereits im Herbst 1916 eine Vorlage zwecks Erhebung von Ausfuhrabgaben an den Bundesrat gebracht, sie aber während der Beratung zurückgezogen und die Erhebung solcher Abgaben auf dem Wege freier Vereinbarung mit den Interessenten betrieben. Die Abgaben reichten schon damals, als die Mark noch auf mehr als 80 Centimes stand, bei manchen Waren, so bei der Kohle, bis zu 10 Proz. des Wertes heran. Im Herbst 1919, nachdem inzwischen (trotz des sinkenden Marktkurses!) unter dem Druck der Unternehmer die meisten Waren von der Ausfuhrabgabe befreit waren, wurde eine neue Grundlage geschaffen. Die Mark stand schlecht. Bis aber die neue Ausfuhrabgabenordnung in Kraft trat, kam das Frühjahr 1920, die Mark stieg wieder etwas, und rasch schritt man wieder zum Abbau der Abgaben mit der Wirkung, daß von einer großen Zahl von Waren eine Abgabe überhaupt nicht mehr erhoben, für die übrigen Sätze von 1 bis 3 Proz. (1) festgesetzt wurden. Da das Erträgnis für soziale Zwecke Verwendung fand (Berbill-

gung der Lebensmittel, Förderung des Wohnungsbaues, Erwerbslofenfürsorge). Sprach man von der „sozialen Ausfuhrabgabe“. Während das Ertragnis im Dezember 1920 314 Millionen, im Januar 1921 261 Millionen betrug, war es dank der erfolgreichen Abbautätigkeit des volksparteilichen Wirtschaftsministers Scholz im Juni 1921 auf 65 Millionen zurückgefallen. Aufgabe des im Mai 1921 wieder an die Spitze des Wirtschaftsministeriums getretenen Sozialdemokraten Robert Schmidt war es, wieder gut zu machen, was der volksparteiliche „Nachmann“ verdorben hatte. Mit dem erneuten Marktzug in diesem Herbst verschärfte sich die Gründe für eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Jetzt aber lehnten sich die vom Volksparteiler Scholz verwöhnten Unternehmer mit allen Mitteln gegen eine Erhöhung auf. Der Wirtschaftsminister hatte die Erhöhung der Ausfuhrabgaben um durchschnittlich 4 Proz. und Ausdehnung derselben auch auf die ausfuhrfreien Waren (während sie bisher nur von Waren erhoben wurde, für die Ausfuhrgenehmigung erteilt wurde) vorgeschlagen. Darüber Zetermordio! Der Export werde unterbunden, die Industrie ruiniert, die Arbeiter brotlos gemacht! Das alles wegen der 4 Proz.! Dabei waren noch weitgehende Milderungen vorgesehen bei Waren, die ganz oder vorwiegend aus ausländischen Rohstoffen oder Halbfabrikaten hergestellt sind und bei denen der Lohn nur einen kleinen Teil des Wertes der Fertigwaren ausmacht.

In heißem Ringen hat das Wirtschaftsministerium seine Vorschläge vor dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, in dem die Sachverständigen, d. h. die Interessenten entscheiden, zu verteidigen gehabt. Bedenkliche Einschränkungen sind vorgenommen worden, die namentlich in der Freilassung bereits erteilter Aufträge und in weitgehenden Befugnissen der Außenhandelsausschüsse bestehen. Die Folge wird sein, daß die Unternehmer noch wie vor ungeheure Valutagewinne einstecken und zu ihrem persönlichen Nutzen verwenden, die sie der zunehmenden Verarmung Deutschlands und Bereicherung der deutschen Arbeiterkraft verdanken. Im Rechnungsjahr 1920 sind 1150 Millionen Mark an „sozialen Ausfuhrabgaben“, 1081 Millionen Mark an noch bestehenden alten Abgaben für Kohle, Holz und Salz erhoben worden. Zehn Milliarden hätten aus dieser Quelle gewonnen werden können ohne jeden Schaden für die Industrie, wenn das Unternehmertum nicht eine wirklich soziale Abgabenpolitik unmöglich machen würde.

Kredithilfe oder Steuerangst?

Reichsverband der deutschen Industrie gegen das Reich.

Der Reichstagsabgeordnete Hugenberg versendet an die schwerindustrielle Presse ein Schreiben, in dem er zur Frage der Kredithilfe in beachtenswerter Richtung Stellung nimmt. Hugenberg ist bekanntlich im Präsidium und im Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie sowie auch bei dessen Münchener Tagung für den bekannten Vorschlag einer Kredithilfe der deutschen Industrie zugunsten des Reiches eingetreten. Hugenberg betont heute, daß er dies damals unter Ausschaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte getan habe. Um so auffälliger erscheint, daß er jetzt einen Richtungswechsel des Reichsverbandes der deutschen Industrie anündigt, der aus keinem anderen als aus parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt. Die jüngste außenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung habe nach Ansicht der meisten Wertleister die Aussichten einer freiwilligen Kredithilfe außerordentlich zusammenschrumpfen lassen. „Es wäre verhängnisvoll, wenn man glaubte, gleichwohl den einmal gefaßten Plan nunmehr im Wege des Zwanges durchzuführen zu müssen!“

Hugenberg betont, daß nach seiner Kenntnis der Dinge der Reichsverband der deutschen Industrie demnächst sogar gegen den sogenannten Hohenburgschen Gesetzentwurf einer Kredithilfe der deutschen Industrie Stellung nehmen werde, weil dieser, den wir wegen seiner unglaublichen Begünstigung der großindustriellen Devisengeschäfte und der damit beabsichtigten Aushöhlung der Staatsmacht scharf kritisierten, „wie

eine Auslieferung des deutschen Privatvermögens an den Zugriff der Entente bezüglich des internationalen uns feindlichen Kapitals“ wirde. Diese Behauptungen sind nur dann zu verstehen, wenn man die dahinter versteckten parteipolitischen Gesichtspunkte beachtet. Es ist doch notorisch, daß das deutsche Finanzkapital, daß die Großindustrie und der Handel bisher aus Gründen des Profitinteresses rücksichtslos und systematisch die deutsche Produktion immer mehr der Lieberfremdung durch ausländisches Kapital preisgegeben haben. Jetzt soll plötzlich die Hergabe von Devisen, die aus dem Exportgeschäft von der deutschen Industrie erworben worden sind und oft genug im Ausland stehen blieben, um sie dem Steuerfiskus zu entziehen, eine Auslieferung des deutschen Privatvermögens an die Entente sein.

Das kann man nur denen glaubhaft machen, die nichts von den Dingen verstehen. Hugenberg will auch mit seiner Ankündigung der kommenden Beschlüsse des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Wirklichkeit etwas anderes. Seine Mitteilungen sind eine Drohung an die derzeitige Reichsregierung. Sie sind die offizielle Mitteilung von kompetenter Stelle, daß das deutsche Großkapital nicht gewillt ist, ernsthaft an der Wiedergutmachung teilzunehmen, daß es nicht die Absicht hat, Deutschland aus seinem Elend mitherauszuhelfen. Das können diejenigen tun, denen zehn und mehr Prozent vom Lohn oder Gehalt abgezogen wird. Hugenberg und seine Freunde fürchten für den kommenden Winter nicht nur die Zwangsorganisationsform, sondern auch deren „schlimmste Form“, die Erfassung der Sachwerte.

Zu unserem Teil möchten wir heute nur bemerken: Bange machen, Herr Hugenberg, gilt nicht! Im übrigen noch ein ernstes Wort. Glauben die Führer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, wenn sie schon der Meinung sind, daß sie der deutschen Regierung eine lange Nase machen können, daß das Ausland, das die Geschäfte und die Gewinne und die bisher geringen steuerlichen Leistungen der deutschen Industrie sehr genau kennt, sich ein X für ein U vormachen läßt? Wir hoffen immer noch, daß Herr Hugenberg, der in seinen Äußerungen doch wohl nur das Rundstück starker Kräfte ist, mit diesen gemeinam vor Torabschluss einzieht, daß ihnen ihr Mundspitzen nichts helfen wird, es muß gepfiffen werden.

Warum blieb Geßler?

Die Frankfurter „Volkstimme“ zitiert aus einer Rede Rathenaus in Frankfurt a. M. folgenden Satz:

Ich hätte es für ein großes Unglück gehalten, wenn Geßler ausgeschieden wäre und ihm die verdienten Männer in der Armee folgen würden.

Unser Frankfurter Parteiblatt erinnert dann an eine Äußerung des „Vorwärts“, daß „gewisse Opportunitätsgründe“ im Augenblick gegen einen Wechsel im Reichswehrministerium sprächen, und fragt dann aufgeregt:

Was waren das für „gewisse Opportunitätsgründe“, die unsere Fraktion veranlassen, wenn auch nicht „leichten Herzens“, den Mann zu halten, von dem es heißt, daß „die Führer der Reichswehr“ sich „lebhaft für ihn eingesetzt“ hätten? Heraus mit der Sprache! Der „Vorwärts“, der die Gründe kennen muß, da er zugeht, daß sie stichhaltig sind, hat jetzt die Verpflichtung, sich der aufhorchenden Menschheit zu offenbaren.

Darauf ist zu erwidern, daß sich die Annahme Rathenaus, „verdiente Männer der Armee“ würden zugleich mit Geßler aus dem Amt scheiden, nicht auf Tatsachen stützt, die uns oder der Fraktion bekannt wären. Wir haben vielmehr Grund zu glauben, daß es sich auch bei Rathenaus um eine bloße Vermutung handelt.

Die Fraktion und der „Vorwärts“ wußten und wissen auch bis heute nichts anderes, als daß bei der Umbildung des Kabinetts Bedenken dagegen auftauchten, die Reichswehr in die politische Krise mit hineinzuziehen. Dazu trat der Wunsch, einer Wiederherstellung des Kabinetts Wirth möglichst wenig Schwierigkeiten zu bereiten. Das waren die „Opportunitätsgründe“.

dann noch ein Schrei, der uns den Hals zuschnürte, — und dann nichts — und dann Sprechen . . . Sagen . . . und dann wieder nichts . . . und dann ganz deutlich: „Ach, so ganz egal, ich freu' mich!“ Und neben mir sagt mein Kamerad: „Ein Wadell!“

Da haben wir uns gegenseitig eine Träne aus dem Auge gewischt und sind dem Wanderlohn und unserm „Flüsterhaus“ dankbar gewesen für eine heilige Stunde.

Ein Affenexperiment über die Schupfärbung. Einem Affen war es vorbehalten, eine vieldeutige Frage der Naturwissenschaft zu lösen. Darwins heute hart angegriffene Theorie von der natürlichen Anpassung, die sich im Tierreich in der Schupfärbung äußert, ist durch eine lange Reihe von Versuchen gestützt worden, bei denen ein Affe die Hauptrolle spielte. Der englische Naturforscher Dr. C. D. H. Carpenter hat nach einer Mitteilung in der Londoner Entomologischen Gesellschaft im früheren Deutsch-Ostafrika Untersuchungen über die Bedeutung der Schupfärbung angestellt. Er wollte herausbekommen, ob diejenigen Insekten, die die Schupfärbung besitzen, von den Tieren lieber verschluckt werden als solche Insekten, die durch eine leuchtende Farbe ausgezeichnet sind. Wird das Insekt mit der Schupfärbung als Nahrungsmittel bevorzugt, dann ist nach seiner Ansicht der Beweis für den Nutzen dieser Form der Anpassung erbracht. Er begab sich also mit einem Affen, den er abgerichtet hatte, auf die Wanderstraße im Urwald und machte zingehende Aufzeichnungen von jedem Insekt, das der Affe verschluckte, und von dem Gesichtsausdruck oder den sonstigen Äußerungen des Affen. Die darauf schließenden Insektenarten den Tieren widerwärtig sind und eine Schupfärbung nicht nötig haben.

Theaterturnen im Flugzeug. In England vermehrt sich un-ausführlich die Zahl der Theaterturnen, die von der Hauptstadt ausgehen, um die Provinz mit Vorstellungen zu versorgen. Die unternehmenden Direktoren suchen nun diese Absteher in die Provinz mit den Vorstellungen in London zu vereinen, damit der Gewinn so groß wie möglich wird, und sie lassen z. B. ihre Schauspieler nachmittags in Manchester und abends in London aufzuziehen. Das ist nur mit Hilfe des Flugzeugs möglich. Alles ist aufs genaueste berechnet, damit die Schauspieler rechtzeitig zur Abendvorstellung in die Hauptstadt zurückkommen. Aber nun stellen sich die Fragen ein. Was für Leistungen kann wohl das Londoner Publikum von Schauspielern erwarten, die nach einer anstrengenden Vorstellung in Manchester im Flugzeug oder Auto nach London zurückgeschleppt werden, um dort abends aufzutreten?

Der Aufruf der Berliner Organisationen der SPD. und USPD. zu gemeinsamer Begehung des 9. November gibt der „Roten Fahne“ Anlaß, sich über sozialdemokratische und unabhängige „Zersplitterungstendenzen“ zu beschweren. Sie stellt den Sachverhalt so dar, als wolle man die kommunistischen Arbeiter von der Feier des Revolutionsgedenktages fernhalten. Diese Auffassung ist völlig irrig. Niemand hindert die kommunistische Arbeiterpartei daran, den 9. November mit den beiden sozialistischen Parteien gemeinsam zu begehen; nur muß man — nach den bisherigen Erfahrungen — die Hoffnung aussprechen, daß die kommunistische Zentrale die gemeinsame Kundgebung nicht dazu benutzt, durch Angriffe gegen die sozialistischen Parteien jene Zersplitterung herbeizuführen, die die kommunistische Presse neuerdings beklagt.

Ein staatsgefährlicher Dichter.

Dem dänischen Dichter Andersen Regø, der zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit nach dem Bodensee reisen wollte, ist von der deutschen Gesundheitsbehörde in Kopenhagen die Einreise verweigert worden, weil er „bolschewistischer Umtriebe“ verdächtig ist. Der Abg. Breitscheid hat deswegen eine Anfrage im Reichstag eingebracht. Wir nehmen an, daß der Fehler der Gesundheitsbehörde noch vor Erledigung der Anfrage korrigiert werden wird. Darüber hinaus sollte man aber im Auswärtigen Amt ernstlich darüber nachdenken, ob es die Aufgabe der Gesundheitsbehörden ist, dem Ausland Anlaß zu böshafte Bemerkungen über das neue Deutschland zu geben, deren Berechtigung sich leider nicht bestreiten läßt.

Severing über die Republik.

Breslau, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Severing sprach gestern in einer überfüllten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau über den politischen Kurs in Preußen und den Wiederaufbau Deutschlands. Die Sozialdemokratische Partei hätte wohl gewußt, warum sie bei der letzten Reichstagswahl dem Ausschlußvorschlag der Demokraten, auch für das Reich eine Regierung auf der schmalen Basis allein aus Demokraten und Zentrum zu bilden, schärfste Opposition ansetzte. Das preußische Vorbild für diesen Plan hätte gezeigt, daß eine solche Regierung, wenn sie sich auf ihre Mehrheiten abwechselnd links und rechts stützte, praktisch in stärkster Abhängigkeit von den beiden Rechtsparteien kommen mußte. Stögerwald möchte in der Öffentlichkeit unterstreichen, daß das Zentrum nicht nur linkspolitisch im Sinne Wirths freie, daher seine der Reichsregierung vorgelegte laute Protesterklärung in der obersten Instanz, wie sie nur im preußischen Landtag abgegeben werden konnte, während ein verantwortlicher Reichspolitiker mit einer derartigen Erklärung nicht nur Material für den Papiertorb der Entente Staatsmänner geliefert hätte, sondern auch für die Denunziation durch die ausländische deutschlandfeindliche Presse.

An der Durchbringung der inneren Verwaltung mit republikanischem Geist und demokratischen Männern hätten die preußischen Koalitionsregierungen, an denen die Sozialdemokratie beteiligt gewesen sei, nur geringe Fortschritte gemacht, da sie ständig durch die Versuche von Rechtspolitikern oder beginnenden Antisemitismus gestört worden sei. Aber das Wenige, was damals für die

Reform der inneren Verwaltung

Reform der inneren Verwaltung, sei allen bürgerlichen Parteien, auch den Demokraten, zu viel, und besonders demjenigen Demokraten, der heute das Innenministerium leite. Severing gab dann einen ausführlichen historischen Rückblick über die Geschichte der Schupoorganisation, wobei er außerordentlich bedauert, daß die Sozialdemokratische Landtagsfraktion aus Widerspruch gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei den Zeitpunkt der Einbürgerung außerhalb der Regierung verschieben ließ und sich damit entscheidenden Einfluß auf die Zusammenlegung des Offizierskorps nahm. Wir lehnen unsere Schupo mit dieser wachsenden Militarisierung neuen Ankräften der Entente aus, wir gefährden die Republik, wenn wir zusehen, wie gewisse obere Schupooffiziere Beziehungen nicht nur zur Reichswehr, sondern auch zum Selbstschutz anknüpfen und eine Truppe vorbereiten, die auch einmal gegen die Republik geführt werden könnte. (Zwischenruf: Bonifaz!) Genosse Severing strichte dann die obersteinständige Frage, in der er den deutschnationalen Annexionsisten das

Ein neues Element in den Sonnenspektren. Professor H. A. Russell, der berühmte Astrophysiker, hat bei einem Besuch der Mount-Wilson-Sternwarte in Kalifornien festgestellt, daß das Element Rubidium — das vierte in der Reihe der Alkalimetalle — im Spektrum der Sonnenspektren vorkommt, in dessen ultrarotem Teil die wohlbestimmten Linien dieses Elements mit Sicherheit identifiziert werden konnten. Die Entdeckung ist auf Grund photographischer Aufnahmen des Sonnenspektrums gemacht worden, die mit dem größten Turmteleskop der Sternwarte hergestellt worden sind. Dieses besonders für Sonnenaufnahmen gebaute Instrument erhebt sich fast fünfzig Meter über den Boden und darunter liegt eine 25 Meter tiefe Grube für den Spektrographen. Die Bedeutung der Entdeckung besteht vor allem darin, daß Rubidium zu den Elementen gehört, die bestimmt nicht im Spektrum der Sonnenoberfläche vorkommen. Sein Erscheinen in den Spektren muß daher auf die verschiedenen physikalischen Zustände zurückgeführt werden, die in den einzelnen Gebieten der Sonnenatmosphäre bestehen.

Ein Denkmal für einen Apfelbaum. Die berühmteste Apfelsorte in Kanada, durch die die dort so sehr blühende Apfelernte eigentlich erst ins Leben gerufen wurde, ist der „rote Madintosh“, so genannt nach einem John Madintosh, der vor vielen Jahren auf seiner Anpflanzung an dem Nordufer des St. Lawrence-Flusses einen wilden Apfelbaum fand und von ihm die ersten vorzüglichen Früchte gewann. Die zahllosen Madintosh-Apfelbäume, die heute in Kanada und in den Vereinigten Staaten so reiche Ernten liefern, stammen also von diesem Urarber ab, und der Baum erregte so viel historisches Interesse, daß er von Apfelerntern vielfach besucht wurde. Dieser Patriarch der kanadischen Apfelernte ist aber nun vor einiger Zeit bei einer Feuersbrunst, die auf der Pflanzung ausbrach, verbrannt. Die Obstdücker Kanadas veranstalteten darauf eine Sammlung, bei der 500 Pfund einkamen, und es wurde an der Stelle, wo der historische Apfelbaum gestanden hatte, ein Denkmal errichtet, das erste, das bisher einem Apfelbaum geweiht worden ist.

Schauspieler bis zuletzt. Die aereife Sarah Bernhardt hat am Ufer von Biscaya ein winziges Felseninseln gekauft, das sie zu ihrer Begräbnisstätte erwählt hat. Seit geraumer Zeit führte sie auf Reisen einen Sarg mit. Jetzt beschloß sie sich mit dem Bau ihres Mausoleums auf der Insel, der, wie es scheint, noch über ihren Tod hinaus Ruhme für sie machen soll.

Die Vorgehensweise der Abteilung des Museums für Völkerkunde wird unter der Leitung von Karl Schuchardt in die erste Etappe der hochwertigen Ausgrabungsarbeiten überführt, wo die Denkmäler der Vor- und Frühgeschichtlichen Europa und der Mittelmeerländer in 19 Sälen zum ersten Male eine zusammenfassende würdige Ausstellung finden. Das große Werk dürfte noch etwa 7, Jahre beanspruchen und im Sommer oder Herbst 1922 eröffnet werden.

Ernst Friedrich ist „Armenische Zeit“. Erzählung von Bruno Schönlank, Donnerstag 7/11, in der Arbeiter-Rückwärtszeitung, Weidenburger Str. 89, Eintritt 1 M.

Prof. Wilhelm Erb, der hervorragende Lehrer und Erforscher der Rechenlehre, ist, fast 81 Jahre alt, in Heidelberg gestorben.

Das Flüsterhaus.

Von Walter Victor.

Dies ist keine Spitzgeschichte, wie der Titel sagen könnte, o nein! Sondern eine gar sehr aktuelle aus unsern Tagen, und wer einmal einen langen Weg durch die Stadt macht, der kann manch neues „Flüsterhaus“ entstehen sehen, und so viele Fenster es hat, so viele Menschen freuen sich auch schon darauf, daß es fertig wird und daß sie darin eine Wohnung bekommen sollen.

Wer, wie ich, das Glück hat, schon in solcher Behausung Obdach gefunden zu haben, der weiß Bescheid. Denn die Wände . . . ja, die Wände sind, als wären sie eigens zur Weiterleitung jedes Geräusches präpariert. Was oben, unten, was rechts und links vor sich geht; der Wanderlohn teilt's freudlich weiter, und möchte ein jeder so tun, als wär' er zu Haus, wozu er doch recht eigentlich allen Grund hätte: kein Nachbar hätte eine ruhige Stunde.

Da wir nun alle nette und liebenswürdige Menschen sind (!) und keine Veranlassung haben, unser Haus zur Fundgrube für einen Humoristen zu machen, der es natürlich lieber sähe, wenn oben eine Sängerin, unten ein Soubriker, rechts ein Laryngitiker und links ein besseres Nachfolger den Bewohner zur Verzweiflung brächte, mir im Gegenteil lauter einigermassen gestimmte Arbeitsmenschen sind, so nehmen wir die kostenlose Lebensschule der gegenseitigen Rücksichtnahme gerne hin und — flüstern eben. Und darum wohnen wir im „Flüsterhaus“.

Unser „Flüsterhaus“, das mit seinem frischen Anstrich sich vorläufig noch recht gut ausmacht (die Wände kriegen schon Risse, aber das tut fast gar nichts; hellhöriger kann der Bau dadurch nicht mehr werden!), hat noch einen anderen Vorzug. Da hat sich der Architekt nämlich mit uns Bewohnern einen Scherz erlaubt, oder hat uns, ohne uns zu kennen, schon vorher wie der Wiener sagen würde: a bisserl freizeln wollen, und machte über den Eingang des Neubaus, auf den ein Duzend junger Paare mit Schmeizeln wartet, einen großen Spruch hin: „Neue Kraft — neuer Wuchs!“ Und dann kamen wir mit Sack und Pack und zogen ein. einen großen Spruch hin: „Neue Kraft — neuer Wuchs!“ Und der „neuen Kraft“. Und weil es eine wunderfeine und unergiebige Nacht war, will ich noch davon erzählen.

Gleichzeitig machten wir auf und gleichzeitig wußten wir es: unten ist es so weit! Und dann haben wir unsere warmen Hände gegriffen und dem Weinen gelauscht, das die Flüsterwände so eigen singend herauftrugen. Weh und Schmerzlich, aber doch so lebensgewiß klang es. Und Angst hatten wir, immer mehr, und dem Atem hielten wir an und flüsterten noch leiser, wenn man ab- und zuzug brumten, und verlegten alles, und erlebten alles: als eine ganz große, wehewolle Stunde, in der neues Leben wurde. Und

Recht zur Entrüstung absperrt. Durch den Verlust des oberste-
lichen Gebietes sei die Mehrheit der alten Koalition im Landtag
mehrfach verloren und die Unabhängigen seien als Bundes-
genosse leider nicht zuverlässig. Gerade für die nächste Zeit ständen
in Preußen Entscheidungen bevor, wie die Verabschiedung der wich-
tigsten Gesetze für die kommunale Selbstverwaltung und die
große Verwaltungsreform.

Die Deutschnationalen würden dabei die Regierungspräsidien
konservieren wollen, für deren Beseitigung unter Beibehaltung der
Oberpräsidenten wir aus Sparmaßregeln Rücksichten einbringen würden.
In diesen wichtigen Fragen sei eine Position in der Regierung und
ein Zusammengehen mit der Volkspartei möglich und notwendig.
Es gilt mitzuarbeiten im Interesse der deutschen Arbeiterschaft mit
aller uns zur Verfügung stehenden Kraft. Nur wenn die Sozial-
demokraten sehr wieder aus der preussischen Regierung ausge-
schlossen werden sollen, dann werden wir zeigen, daß wir
auch in der Opposition eine Macht

sind und daß gegen unsere parlamentarische Aktion kein Gesetz in
Preußen festgesetzt werden kann. Aber wir sind zur Mitarbeit
bereit, um das Schlimmste für Preußen und für Deutschland in der
kommenden schweren Zeit zu verhüten.

In einer lebhaften Aussprache wurde auch der abweichende
Gesichtspunkt in der Koalitionsfrage mit Schärfe vertreten, wobei
insbesondere die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß ein Ruf der
Partei nach rechts in Preußen die parlamentarische Grundlage der
Regierung Wirth im Reich, die auf der Mitarbeit der Unabhängigen
beruht, erschüttern könnte. Severing teilt diese Meinung nicht und
beruft sich dafür auf das Eintreten Wirths für die große Koalition.
Er verteidigte im Schlusswort auch insbesondere die Wirksamkeit
seines Ministeriums in Oberpreußen, wo eine Erneuerung des alt-
preussischen Beamtenkörpers in vielen Fällen durch die Inter-
affilierte Kommission verhindert worden sei.

Lloyd George und Irland.

Die Verhandlungen zwischen England und Irland
schleppen sich von Woche zu Woche ohne sichtbare Resultate
hin. Mitunter kommt es zu geräuschvollen Explosionen, beide
Teile drohen mit Abbruch der Verhandlungen, aber im letzten
Augenblick scheut man sich immer wieder, die letzten Konse-
quenzen zu ziehen, und der Vorhang diplomatischer Verschwie-
genheit fällt wieder über die geheimen Beratungen. So war
es auch nach dem Brief des Sinnfeinerführers de Valera an
den Papst, der in den Kreisen der englischen Regierung wie
eine Kriegsankündigung wirkte. Es ist nicht verwunderlich, daß die
englische Öffentlichkeit den Verhandlungen mit steigender
Unruhe folgt. Ein Teil der oppositionellen Unio-
nisten, die dem Kabinett Lloyd George Unenigkeits-
und zu große Nachgiebigkeit den Iren gegenüber vorwerfen
und eine rasche Lösung der Frage mit dem Säbel in der Hand
wünschen, nahm die letzten Vorgänge zum Anlaß, um ein
Vertrauensvotum gegen Lloyd George im
Unterhaus zu beantragen. Sie hofften wahrscheinlich auf die
Unterstützung der Arbeiteropposition und der oppositionell Ge-
stimmten unter den Liberalen, die ihre Gründe haben, mit dem
Kurs der Lloyd George'schen Politik unzufrieden zu sein. Viel-
leicht lag es auch in ihrer Absicht, durch die Interpellation die
Ausarbeitung der Neuwahlen herbeizuführen, auf
die alle Kreise Englands warten.

Die Unionisten haben das Gegenteil ihrer Absicht erreicht.
Lloyd George erhielt ein Vertrauensvotum, wie es günstiger
nicht gedacht werden kann, seine Stellung hat sich neu ge-
festigt. Nicht einmal die Gruppe der Unionisten, die im gan-
zen 49 Sitze innehat, stimmte geschlossen gegen Lloyd George.
Und so tragen sie neben dem Schaden auch noch den Spott
davon.

Lloyd Georges Ausführungen über den Stand der eng-
lisch-irischen Verhandlungen waren nicht von starker
Zuversicht getragen. Möglich, daß er den opposition-
ellen Säbelrählern zuliebe absichtlich schwärzer ausrug als
es notwendig war. Aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß
man die rettende Formel nach monatelangen Verhand-
lungen nicht gefunden hat und daß die Gegensätze zwi-
schen den Interessen der englischen Krone, der katholischen Iren
und der protestantischen Ulsterbewohner sich in keiner Weise
ausgeglichen haben. Dadurch wird die politische Aktions-
fähigkeit des Kabinetts Lloyd George nach innen und außen
gelähmt, die persönliche Teilnahme Lloyd Georges an der
Washingtoner Konferenz, zu der Briand bereits unterwegs ist,
erscheint fast nicht mehr möglich, und die Frage der Neuwahlen
in England, die von Tag zu Tag brennender wird, bleibt in
der Schwebe.

Das Tadelsvotum abgelehnt.

London, 31. Oktober. (W.T.S.) Das Unterhaus war an-
lässlich der heutigen Debatte über Irland sehr stark besucht.
Lloyd George wurde bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt.
Oberst Gretton brachte unter ironischen Zurufen und Gesächern
eine Entschuldigungsrede ein, in der er erklärte, daß das Unterhaus mit
einer Entschuldigungsrede die Verhandlungen der Regierung mit den Dele-
gierten Südirlands ansehe, die sich eidlich der irischen Republik ver-
pflichtet und die Autorität der Krone verneint hätten.

Lloyd George

erklärte darauf in einer längeren Rede, es sei wesentlich, daß die
Lage geklärt werde, damit die Regierung wisse, was die Ansicht des
Unterhauses über die irische Politik sei. Zur Frage des Bruches
des Waffenstillstandes von Seiten der Sinnfeiner sagte der
Premierminister, die Sinnfeiner täten ihr Bestes, um die von ihnen
gegebenen Garantien durchzuführen. Es seien zum Beispiel feste
Garantien gegeben worden, nachdem die Regierung Beweise erhalten
hätte, daß Vorbereitungen für eine Waffentatung in Irland ge-
troffen wurden. Lloyd George erklärte weiter, daß keine Ueber-
einkunft, die im Verlaufe der irischen Verhandlungen eingegangen
werden sollte, ohne die Ermächtigung des Parlaments in
Kraft treten sollte. Das Unterhaus müsse entweder seinen Unter-
händlern vertrauen oder sie durch andere ersetzen. Er und seine
Kollegen wollten wissen, ob das Unterhaus wünsche, daß sie ver-
suchten,

den Frieden herbeizuführen.

Wenn das Unterhaus das nicht wolle, so gebe es einen Mann, der
trotzdem würde, zu seinem Souverän zu gehen und ihm zu sagen:
Ich überreiche Ihnen hiermit mein Portfeuille. Lloyd George
sagte, wenn die gesamten Fragen im Unterhaus erörtert
würden, so würde dies das Ende der Konferenz bedeuten.
Er gebe zu, daß sich alle Sinnfeiner zu einer Republik erklären
haben, und daß alle Sinnfeiner die Autorität der Krone verwerfen.
Wenn man aber aus diesem Grunde nicht mit den Sinnfeinern ver-
handeln wolle, so gebe es niemanden in Irland, mit dem man ver-
handeln könne. Es sei nicht das erste Mal, daß Großbritannien
mit Rebellen mit gutem Erfolge für das Reich verhandelt habe.
Der einzige Punkt, den das Unterhaus entscheiden müsse, sei nicht
der, ob man mit Rebellen verhandeln solle, sondern der, ob man
überhaupt eine Konferenz stattfinden lassen wolle. Der
Beschluss, den das Haus zu fassen habe, sei von großer Bedeutung.
Es handle sich darum, ob das Haus der Regierung soeben werde:
„Obi das Verhandeln auf,

unterdrückt zuerst den Aufstand

und zwingt dann Irland eine Regierung auf, die dem Parlament
gerecht erscheint.“ Es handle sich hierbei um eine Kostenfrage.
Sollte die Konferenz abgebrochen werden, so würde das erste sein,
was die Regierung tun würde, das Haus zu ersuchen, die Streit-
macht der Krone beträchtlich zu verstärken. Bedor man
das tue, müsse man vor allen Dingen erst das englische Volk über-
zeugen, daß keine andere Wahl besteht. Der Premierminister er-
klärte, die Verhandlungen mit den Sinnfeinern gingen weiter. Er
würde froh sein, wenn er würde mitteilen können, daß die Ge-
schwisternationen, die das Reich begründet haben, beifollos
haben, dem Jahrhundert währenden Streit ein Ende zu machen
und Kameradschaft an seine Stelle zu setzen. Er könne dem Hause
jedoch nicht die Möglichkeit verheimlichen, daß er vielleicht die furcht-
bare Mittelung werde machen müssen, daß es unmöglich sei,
ohne Gefahr und Schande zu einer Regelung zu gelangen. Wenn
diese furchtbare Stunde jedoch kommen sollte, und es für das Land
notwendig würde, große Opfer zu bringen, dann müsse

das Gewissen Großbritanniens frei

sein, und man müsse das Gefühl haben, daß alles getan wurde, was
ganz werden konnte. Lloyd George sagte, wenn die Sicherheit
Englands bedroht, wenn der Thron nicht anerkannt wird, wenn das
britische Reich verstimmt und Irland zu einem fremden Staate
werden sollte, wenn Englands vermundbarste Flanke die
Freiheit erhalte, mit den Feinden Abmachungen zu treffen und den
britischen Handel zu bekämpfen, und wenn der britische Handel An-
griffen an der irischen Küste ausgeübt werden sollte, ohne daß Groß-
britannien das Recht erhalte, die Küste Irlands zu seinem eigenen
Schutz zu benutzen, wenn auf Abmachungen bestanden würde, die
den Bürgerkrieg zwischen Katholiken und Pro-
testanten bedeuten würden, dann würde Großbritannien die not-
wendigen Opfer bringen, um solches Unheil abzuwenden.

Asquith

gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Regierung end-
lich eine Politik angenommen habe, für die die Opposition von
Anfang an eingetreten sei. Seine Partei werde die Regierung da-
bei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.
Asquith stimmt mit Lloyd George darin überein, daß die Konferenz
der Regierung mit den Sinnfeinern streng privat und vertraulich
sein müsse. Es dürfe jedoch keine Regelung ohne das Par-
lament erfolgen. Wenn die Verhandlungen abgebrochen werden
sollten, so werde man sich einer Lage von beispiellosen Schwierig-
keiten und Gefahren gegenüber gestellt sehen.

Das Unterhaus lehnte das Tadelsvotum gegen Lloyd George
mit 439 gegen 63 Stimmen ab.

Groß-Berlin

Die Taucher am Wannenseegrabe.

Beginn der Bergungsarbeiten. — 17 Todesopfer.

In den frühen Morgenstunden wurde heute an die Stelle des
Wannenseegrabes, wo sich am Sonntagabend die Dampfer-
katastrophe ereignete, jene Fahrzeuge geschleppt, die für die
Apparate der beginnenden Taucher- und Bergungsarbeiten einge-
richtet sind. Im Laufe des gestrigen Abends war es noch gelungen,
die genaue Lage des gesunkenen Dampfers „Storkow“ festzustellen
und abzulesen.

Gegen Mittag wurde von Tauchern der Versuch gemacht, in
die Kajüte der „Storkow“ einzudringen, um
festzustellen, ob sie noch die Leichen einiger Verunglückten un-
schlossen hält. Der erste Versuch gelang nicht vollständig, da die
Lage der „Storkow“ auf dem Boden des Sees ein Eindringen
der Taucher in die Schiffsräume zunächst verhinderte.
Später soll dann der Versuch gemacht werden, das gesunkene
Schiff zu heben, wozu ebenfalls die erforderlichen Gerä-
tschaften bereitgestellt sind. Es ist anzunehmen, daß noch heute
im Laufe des Tages die Zahl der Opfer genau ermittelt werden
kann. Die Suche nach weiteren Verunglückten,
die an den Ufern des Wannensees und der Havel im Laufe des heuti-
gen Vormittags fortgesetzt werden ist, ist ergebnislos ver-
laufen. Außer den beiden ersten bereits gestern erkannten Leichen
sind weitere Verunglückte nicht aufgefunden. Die Zahl der Ge-
retteten ist jetzt auf 31 Personen festgestellt, während noch 14 Per-
sonen vermisst werden. Es wird nicht damit gerechnet, daß noch
weitere Leichen im Wasser treiben, vielmehr wird angenommen,
daß die noch als vermisst gemeldeten 14 Personen in der Kajüte
der „Storkow“ ihr nasses Grab gefunden haben. Der Reichs-
wasserfahrtsdienst hat aber für alle Fälle einen umfangreichen Beob-
achtungsdienst in der Umgebung der Unglücksstelle einge-
richtet, um etwa noch treibende Leichen sofort fischen und bergen
zu können. Auch die Havelufer, vor allem das Schiff, werden von
Polizeibeamten abgehuscht. Außer den Leichen des Kaufmanns
Feiler und der Frau Dr. Hoffmann konnten Verunglückte
nicht geborgen werden. Nach den letzten Mitteilungen liegt das
Wrack der „Storkow“ in 10 Meter Tiefe, circa 500 Meter
vom Havelufer entfernt.

Die Untersuchung über die Schuldfrage

läßt es jetzt als wahrscheinlich erkennen, daß entgegen anders-
lautenden Zeugenaussagen der Dampfer „Kaiser Wilhelm der
Große“ vorwiegend mit Bug- und Positionslaternen beleuchtet
war. Wie ferner feststeht, war der Kapitän Richelmann
nicht im Besitz eines Führerscheins, doch steht nicht
fest, ob er betrunken war. Der Steuermann Goldmann war
insoweit überreichlichen Alkoholgenusses unfähig zur Erfüllung seiner
beruflichen Pflichten. Weiter steht fest, daß das Schiffpersonal
dieses Dampfers im Augenblick der Katastrophe vollständig
den Kopf verloren hatte und keinen Finger rührte, um
den mit den Wellen Ringenden Rettung zu bringen. Die Unter-
suchung hat festgestellt, daß es nur der aufopfernden Tätigkeit
zweier Passagiere der „Storkow“, des Rittmeisters a. D. v. Barries
und des Antiquars Rudolf Schmidt zu danken ist, daß noch eine
verhältnismäßig große Zahl von Passagieren gerettet werden
konnte.

Der „Volk-Anzeiger“ schreibt mit Bezug auf den angeblich be-
trunkenen Dampferführer folgendes: Ob er betrunken
war, ist nicht einwandfrei festgestellt, sicher aber ist, daß Goldmann
völlig bezechet war.
Gott, wie sie bei Scherz doch so fein unterscheiden können.

Der „Segen“ der freien Wirtschaft.

Ein Liter Milch 5 Mark.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: Seit dem 1. Oktober d. J.
war man gezwungen, um die Zufuhren von Frischmilch nicht zu ge-
fährden oder teilweise ganz abzuschneiden, den Milchpreis in ein
Verhältnis zum Butterpreis zu bringen, so daß die
Buttermilch des laufenden Monats für den kommenden Monat die
Grundlage für den Milchpreis frei Bahnhof Berlin bildet. Dies
hatte zur Folge, daß dieser Preis unter Berücksichtigung des Um-
wandes der Milch zur Buttermisch und der teuren Erzeugnisse-
misch auf einen Einheitspreis von 40 resp. 60 Pf. erhöhte.
Die teuren Butterpreise im Monat Oktober haben nunmehr
bewirkt, daß wenn die Rohmilch weiter mit 1.40 abgegeben wird
und freie Frischmilch sowie Erzeugnisse auf einen Einheitspreis
verkauft werden soll, dann sich der Preis um weitere 60

Pfennig für diese freie Milch erhöht, so daß der
Liter mit 5 M. verkauft werden muß. Die Ernährungsdepu-
tation hat in der Sitzung am 28. Oktober 1921 bereits dieser Rege-
lung zugestimmt.

Die Folgen der freien Wirtschaft, auf die wir immer wieder hin-
gewiesen haben, machen sich zum Nachteil der ärmeren Bevölkerung
in geradezu erschreckender Weise bemerkbar. Butter ist durch die
fallend bekannten Preissteigerungen schon längst zu einem Luxus-
artikel geworden, der allerdings noch nicht von der Luxussteuer er-
faßt ist, die Milch wird man nun auch in diese Warenkategorie ein-
reihen müssen. Butter und Milch wird nur noch jenen Kreisen zur
Verfügung stehen, die sich nie genug über „die Begehrtheit der
Arbeiterschaft“ entrichten können.

Um das Trinkgeld.

Wir erheben folgende Zuschrift:

Der „Vorwärts“ bemerkt am Sonnabend morgen durch-
aus richtig, daß die Unternehmer im Gastwirtsgerwerb ihre Un-
kosten aus dem Streif leichten Endes aus den Taschen der Gäste her-
ausziehen werden. Das wird in der Tat, sollte das Prozentsystem
eingeführt werden, in doppelter Weise geschehen. Denn die bis-
her gezahlten Löhne, die nach Einführung des Prozentsystems in
Betracht kommen würden, sind ja bereits in die Preise der Speisen
und Getränke einberechnet. Die Unternehmer werden deshalb die
Preise nicht herabsetzen, das Publikum soll aber in Zukunft die
Entlohnung der Angestellten wieder übernehmen. In dieser Be-
ziehung wird es dringend notwendig, den Gasthausbesuchern eine
Auffklärung zu geben über die jetzigen Verhältnisse in den
Konditoreien. Man begegnet nämlich oft der Klage, daß die
Kellner doch auch jetzt noch Trinkgeld nehmen. Dazu muß
folgendes bemerkt werden: Die großen Konditoreien, wie Tschönd,
Kranzler, Gumpert usw., haben einen Tarif mit dem Verband
der Konditoren abgeschlossen. Dieser ist für die Unternehmer
viel günstiger. Das Bedienungspersonal in diesen Lokalen
gilt als „Ladengehilfen“ bzw. „gehilfen“ — nicht als
Kellner. In den vielen kleinen Konditoreien trifft das gleiche zu.
Hier fühlen sich Unternehmer wie Angestellte wenig oder gar nicht
an die Abmachungen und Tarife in den einschlägigen Kassen ge-
bunden, sie nehmen keine Rücksicht auf die Kämpfe der gewerkschaft-
lichen Angestellten und üben keine Solidarität. Das ist im
höchsten Grade bedauerlich; es sollte Sache der beteiligten Verbände
sein, hier zu einer einheitlichen Front zu kommen.

Die Gäste aber werden durch diese Sachlage im höchsten Maße
irritiert. Die Grenze zwischen Konditorei und Kaffee ist natürlich
keine feststehende. Die Angestellten in den Konditoreien berechnen
meistens heute schon die 10 Prozent, wie die Unternehmer es im
ganzen Gewerbe durchzuführen wollen. Sie nehmen aber auch Trink-
geld an, da sie den jetzigen Kämpfen praktisch und ideal gänzlich
fernstehen. In manchen Fällen mögen sie sich zur Annahme von
Trinkgeld noch für berechtigt halten, da sie wenig oder keinen Lohn
erhalten oder weil sie von dem 10prozentigen Zuschlag an den Unter-
nehmer abgeben müssen. Die Unternehmer dulden die
Annahme von Trinkgeld, ermutigen sie sogar, um diesen
unsicheren Zustand von ehemals wieder herbeizuführen, der ihnen
loosel Ruhn, den Angestellten soviel Schaden bringt. Um das zu
vermeiden, um klare Verhältnisse zu schaffen, müssen die Gäste in
ihrem eigenen Interesse und im Interesse der um ihre Rechte kämpfen-
den Angestellten in Zukunft ein Trinkgeld in keinem Falle
mehr verabreichen.

Ein bestohlener Jarenminister.

Um bares Geld und den Familienschatz im Werte von
400000 Mark wurde der frühere russische Uderbau-
minister Primowitsch betrogen, der mit seiner Gattin in
Berlin in einem Pensionat am Kurfürstendamm wohnt. Dort war-
den von einer bisher unbekannt Person ihre Zimmer unbemerkt
geöffnet und nach ihrem Weggang wieder verschlossen, so daß nichts
auffiel. Später entdeckte man, daß aus einem größeren Koffer, ein
Kleinerer, ein braunlederner Handkoffer gestohlen worden waren.
Dieser Koffer enthielt 15100 französische Franc und den
Familienschatz: eine Perlenkette, die aus mehreren hundert
ungleichen Perlen zusammengesetzt ist, zwei Brillantabringe,
eine goldene Brosche, eine Brillantbrosche, eine Brosche mit Perlen,
die ein grünes Blatt mit Blumen aus Brillanten darstellt, und
mehrere, zum Teil E.K. gezeichnete Dinge. Auf ihre Wieder-
beschaffung ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes der herbei-
geschafften Sachen ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkom-
missar Gennat, Dienststelle B1.4, im Zimmer 105 des
Polizeipräsidiums entgegen.

Täglicher Markt in Neulösn.

Das Marktweesen im Verwaltungsbezirk Neulösn, das sich von
einer außerordentlichen Zubruch der Bevölkerung aus allen
Teilen des Südbogens erfreut, ist seit einiger Zeit in der Weise
ausgebaut worden, daß nunmehr täglich in der Zeit von 8 bis
1 Uhr regelmäßig ein Wochenmarkt und in den Morgenstunden von
4-9 Uhr am Markbach-Wer ein Frühmarkt für Lebensmittel statt-
findet. Die örtlich vertriebenen Wochenmärkte werden wie folgt
abgehalten: Montag und Donnerstag am Markbach-Wer, Dienstag
und Freitag in der Schillerpromenade, Mittwoch und Sonnabend
am Kronenplatz. Daneben wird an jedem Sonnabend von 2 bis
7 Uhr nachmittags ein weiterer Wochenmarkt, sogenannter West-
markt, am Markbach-Wer veranstaltet. In den angrenzenden Neben-
straßen der Wochenmärkte sind noch eine Anzahl Stände von der
städtischen Marktverwaltung zu vergeben.

Abbruch der Potsdamer Luftschiffhalle. Laut Friedensvertrag
wird jetzt mit dem Abbruch der großen Potsdamer Luftschiffhalle be-
gonnen. Das Dach ist bereits abgenommen; bis zum 1. April muß
die Halle vom Erdboden verschwinden sein.

Weihnachtspakete nach den überseeischen Ländern, mit denen ein
Baterverkehr zurzeit möglich ist, namentlich nach Amerika, empfiehlt
die Post, schon Anfang November einzuliefern, damit die rechtzeitige
Auslieferung dieser Sendungen an die Empfänger gesichert ist.

Ein Lehrgang zur Ausbildung von Turn-, Schwimm- und
Rudervereinungen beginnt am 5. Januar 1922 an der preussischen
Hochschule für Leibesübungen (Gandesturnanstalt) in Spandau. Be-
werberinnen, die im Lehramt stehen, haben bei ihrer vorzeitigen
Behörde, welche die noch nicht im Schuldienste beschäftigt sind, bei
der für ihren Wohnort zuständigen Regierung, die in Berlin wohnen-
den bei dem Polizeipräsidium daselbst bis zum 15. No-
vember 1921 ihre Meldungen einzureichen. Betreffs Meldung
und Aufnahme wird auf die Bestimmungen in den Klassen vom
10. März 1921, 11. September 1920 und 22. Juni 1912 verwiesen.
Der Lehrgang dauert neun Monate. Das Provinzialschulcollegium
weist darauf hin, daß es vielfach an gut vorgebildeten Lehrkräften
mangelt und daß die Beteiligung an dem Lehrgang deshalb zu emp-
fehlen sei.

Ein Hochschul-Vorbereitungskursus über elektrische Maschinen,
umfassend Wechsel- und Gleichstrom-Generatoren und Motoren, wird in der
Zeit vom 11. November bis 2. Dezember d. J. Freitagspünktlich 8-9 Uhr
im Lokal 141 der Technischen Hochschule von Oberlehrer Professor Dr.
H. B. d. b. i. g. für Ingenieur, Hochschullehrer, Ingenieur-Kausanten, Katen-
midler und Elektropraktiker auf Veranstaltung des Zentralvereins Technischer
Verbandes E. B. Berlin, abgehalten. Der Kursus umfasst die Vortrags-
abende, Teilnehmertarife zu 40 M. für den ganzen Kursus und zu 15 M.
für jeden Einzelvortrag sind von Vateramtamt Dr. Oster Abend, Berlin
W 50, Aufrißendamm 227, schriftlich oder telephonisch noch erhältlich.

Arbeiter-Gipranzisten. Dienstag, den 1. Nov., pünktlich 7^{1/2} Uhr,
Wahlversammlung im Sophien-Palast, Melanewertheke.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst milde, aber spärlich trübe mit
Regenfall und ziemlich starken westlichen bis nordwestlichen Winden, nach-
her anflarend und lässig.

